

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europaausschuss**

18. WP - 66. Sitzung

am Mittwoch, dem 15. März 2017, 10 Uhr,  
im Sitzungsraum 104 des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

**Anwesende Abgeordnete**

Peter Lehnert (CDU)

Vorsitzender

Astrid Damerow (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Birte Pauls (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. von Rasmus Andresen

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Beer (PIRATEN)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Teilnehmer des Ostseejugendforums im Dialog mit Abgeordneten</b>	<b>5</b>
Ergebnisse aus der gemeinsamen Arbeitsgruppensitzung mit den Ostseeparlamentariern zum nachhaltigen Tourismus am 13. und 14. März 2017 in Kiel	
<b>2. Investorenklagen verhindern, demokratisches Selbstbestimmungsrecht bewahren - Transatlantisches Freihandelsabkommen CETA stoppen</b>	<b>7</b>
Antrag der Fraktion der PIRATEN <a href="#">Drucksache 18/4299</a> (neu)	
(überwiesen am 20. Juli 2016 an den <b>Europaausschuss</b> und den Wirtschaftsausschuss)	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW <a href="#">Umdruck 18/7566</a>	
hierzu: <a href="#">Umdrucke 18/6996, 18/7017, 18/7534, 18/7538</a>	
<b>3. Bericht aus dem Ausschuss der Regionen</b>	<b>9</b>
Protokoll der 120. Plenartagung des Ausschusses der Regionen <a href="#">Umdruck 18/7516</a>	
Einladung zur 121. Plenartagung des Ausschusses der Regionen <a href="#">Umdruck 18/7328</a>	
Einladung zur 122. Plenartagung des Ausschusses der Regionen <a href="#">Umdruck 18/7517</a>	
<b>4. Bundesratsangelegenheiten</b>	<b>10</b>
<a href="#">Umdrucke 18/7440, 18/7568</a>	
<b>5. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität</b>	<b>11</b>
<a href="#">Umdruck 18/7531</a>	
insbesondere:	
<ul style="list-style-type: none"><li>• Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Durchsetzung der Richtlinie 2006/123/EG über Dienstleistungen im Binnenmarkt, zur Festlegung eines Notifizierungsverfahrens für dienstleistungsbezogene Genehmigungsregelungen und Anforderungen sowie zur Änderung der Richtlinie 2006/</li></ul>	

123/EG und der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems; COM(2016) 821 final

[Umdruck 18/7523](#)

- Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen; COM(2016) 822 final  
[Umdruck 18/7524](#)
- Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den rechtlichen und operativen Rahmen für die durch die Verordnung ... [ESC Regulation] eingeführte Elektronische Europäische Dienstleistungskarte; COM(2016) 823 final  
[Umdruck 18/7525](#)
- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments zur Einführung einer Elektronischen Europäischen Dienstleistungskarte und entsprechender Verwaltungserleichterungen, COM(2016) 824 final  
[Umdruck 18/7376](#)
- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Gründung einer Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (Neufassung); COM(2016) 863 final  
[Umdruck 18/7543](#)

Antrag der Abg. Regina Poersch (SPD)

[Umdruck 18/7542](#)

## 6. Verschiedenes

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Teilnehmer des Ostseejugendforums im Dialog mit Abgeordneten**

Ergebnisse aus der gemeinsamen Arbeitsgruppensitzung mit den Ostseeparlamentariern zum nachhaltigen Tourismus am 13. und 14. März 2017 in Kiel

*Die Beratung des Tagesordnungspunktes findet in englischer Sprache statt.*

Der Ausschuss führt ein Gespräch mit Herrn Bahr, Generalsekretär der Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC), und mit Mitgliedern des Ostseejugendforums zum Thema nachhaltigem Tourismus.

Herr Bahr unterstreicht, dass das Ostseejugendforum ein großer Erfolg sei. Bedauerlich sei, dass nicht aus allen teilnehmenden Ländern Jugendliche entsandt werden konnten, daher sei empfohlen worden, in Folgejahren die Veranstaltung in der zweiten Wochenhälfte stattfinden zu lassen. Das Jugendforum schlage vor, in Zukunft die Mitglieder des Jugendforums durch die Jugendparlamente der Mitgliedsparlamente zu entsenden. Seines Wissens gebe es so gut wie überall entsprechende Jugendparlamente. Dies würde die Legitimität der im Jugendforum vertretenen Jugendlichen erhöhen. Für einen solchen Auswahlprozess sei ein einmaliger Vorlauf von zwei Jahren erforderlich. Er habe darüber hinaus den Vorteil, dass die Reisekostenerstattung flexibilisiert werden könne. So seien insbesondere bei Mitgliedern, die aus den baltischen Ländern anreisten, die Reisekosten höher als die derzeitigen Erstattungssummen.

In Bezug auf die entwickelten Empfehlungen im Zusammenhang mit dem Tourismus im Ostseeraum sei zu beachten, inwieweit diese die Entscheidungskompetenz der Mitgliedsparlamente und -regierungen berühre. Ziel müsse es sein, ein internationales Konzept für nachhaltigen Tourismus im Ostseeraum zu entwickeln.

Auf eine Frage des Abg. Weber erläutert Herr Bahr, es habe eine Umfrage an alle Mitgliedsparlamente gegeben mit dem Ergebnis, dass die meisten über ein Jugendparlament oder vergleichbare Einrichtungen verfügten. Auf jeden Fall bestehe überall der Wunsch, mit Jugendlichen zusammenzuarbeiten.

Abg. Weber thematisiert die zweijährige Vorlaufzeit, die Herr Bahr erwähnt hatte, und ihr Verhältnis zur Schnelligkeit der Jugendpolitik. - Herr Bahr stimmt ihm darin zu, dass die Entsendung so weniger spontan sei. Zu bedenken sei jedoch, dass eine Legitimation für die Auswahl der Mitglieder erforderlich sei. Die Vorbereitungszeit von zwei Jahren relativiere sich dadurch, dass sie nur einmalig anfalle.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Investorenklagen verhindern, demokratisches Selbstbestimmungsrecht bewahren - Transatlantisches Freihandelsabkommen CETA stoppen**

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/4299](#) (neu)

(überwiesen am 20. Juli 2016 an den **Europaausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/7566](#)

hierzu: [Umdrucke 18/6996, 18/7017, 18/7534, 18/7538](#)

Abg. Beer dankt dem Wissenschaftlichen Dienst für die Vorlage des Gutachtens zu der Frage, ob eine Ausschussberatung über den Antrag der PIRATEN, [Drucksache 18/4299](#) (neu), erforderlich sei ([Umdruck 18/7534](#)). Sie werde sich heute zum Änderungsantrag der Regierungskoalition, [Umdruck 18/7566](#), der Stimme enthalten, weil sie sich hierzu noch nicht mit ihrer Fraktion abgestimmt habe.

Abg. Poersch führt aus, die Regierungskoalition lege heute einen Änderungsantrag vor, der darauf Bezug nehme, dass die derzeitige Koalition sich bereits seit 2014 mehrfach mit dem Thema befasst habe. In der Diskussion über CETA habe sich Vieles getan, und es seien Verbesserungen erreicht worden, insbesondere bei der Frage der Öffentlichkeit der Gerichtsverfahren, der Arbeitnehmerrechte, beim Vorsorgeprinzip und bei der Übernahme der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens. Der Antrag der Regierungskoalition, [Umdruck 18/7566](#), sei im Gegensatz zum Antrag der Fraktion PIRATEN konstruktiv.

Abg. Voß weist darauf hin, dass in der derzeitigen Wahlperiode keine Entscheidung des Bundestags über CETA anstehe. Aus Sicht der Grünen reichten die derzeit erzielten Verbesserungen noch nicht für eine Zustimmung zu CETA aus.

Abg. Damerow begrüßt, dass sich der Ausschuss heute mit dem Antrag befasst und eine Empfehlung an den Landtag beschließen werde. Den Antrag der Regierungskoalition, [Umdruck 18/7566](#), könne sie nicht nachvollziehen. Der Vertragstext von CETA liege inzwischen vor, sodass sich eine Debatte über Veränderungen erledigt habe. Spätestens nach Vorlage des Ver-

tragstextes hätte der Ausschuss ihrer Auffassung nach bereits über den Antrag der PIRATEN abstimmen können.

Abg. Dr. Klug weist darauf hin, dass CETA ein wichtiges politisches Signal gegen Protektionismus sende, wie er von der derzeitigen amerikanischen Regierung betrieben werde. Es sei im Interesse Schleswig-Holsteins, den Welthandel als Freihandel zu gestalten. Er könne nicht nachvollziehen, warum es der Koalition nicht möglich sei, sich inhaltlich zu CETA zu bekennen. - Abg. Voß entgegnet, die Haltung seiner Partei zu CETA hänge nicht davon ab, welche Regierung in Kanada an der Macht sei.

Abg. Matthiessen weist darauf hin, dass CETA im Bereich Investorenschutz noch nicht bereinigt sei.

Abg. Weber unterstreicht, ein Beschluss zum Ende der Wahlperiode sei wichtig und richtig. CETA sei in der Tat besser als alle anderen Handelsabkommen einzelner Staaten mit der EU. - Abg. Voß entgegnet, der Vergleich mit anderen Verträgen sei nicht einschlägig.

Abg. Wiegard hält fest, dass klar erkennbar sei, dass die derzeitige Regierungskoalition CETA nicht zustimme, weil die Grünen offensichtlich dagegen, die SPD hingegen dafür seien.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der PIRATEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/4299](#) (neu), abzulehnen.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag ferner, den Antrag der Regierungskoalition, [Umdruck 18/7566](#), zu übernehmen und ihm zuzustimmen.



Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Bericht aus dem Ausschuss der Regionen**

Protokoll der 120. Plenartagung des Ausschusses der Regionen

[Umdruck 18/7516](#)

Einladung zur 121. Plenartagung des Ausschusses der Regionen

[Umdruck 18/7328](#)

Einladung zur 122. Plenartagung des Ausschusses der Regionen

[Umdruck 18/7517](#)

Abg. Poersch berichtet von der 121. Plenartagung des Ausschusses der Regionen. Die Bekämpfung der Europaskepsis sowie die Kohäsionspolitik seien Schwerpunkte der Maltesischen Ratspräsidentschaft. Der Ausschuss der Regionen habe eine Stellungnahme zur Reform des europäischen Asylsystems verabschiedet, die die Einhaltung des Solidaritätsprinzips fordere. Dies sei im großen Einvernehmen geschehen, wie es langjährige Praxis im Ausschuss der Regionen sei. Aus diesem Konsens seien jedoch die ganz rechten Parteien mittlerweile ausgeschieden, was sie für ein bedenkliches Zeichen halte.

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, dankt Frau Poersch für ihre regelmäßigen Berichte im Laufe der Wahlperiode.

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen ([Umdrucke 18/7516](#), [18/7328](#) und [18/7517](#)) zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Bundesratsangelegenheiten**

[Umdrucke 18/7440, 18/7568](#)

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen ([Umdrucke 18/7440](#) und [18/7568](#)) zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Prüfung der Wahrung der Subsidiarität**

[Umdruck 18/7531](#)

insbesondere:

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Durchsetzung der Richtlinie 2006/123/EG über Dienstleistungen im Binnenmarkt, zur Festlegung eines Notifizierungsverfahrens für dienstleistungsbezogene Genehmigungsregelungen und Anforderungen sowie zur Änderung der Richtlinie 2006/123/EG und der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems; COM(2016) 821 final

[Umdruck 18/7523](#)

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen; COM(2016) 822 final

[Umdruck 18/7524](#)

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den rechtlichen und operativen Rahmen für die durch die Verordnung ... [ESC Regulation] eingeführte Elektronische Europäische Dienstleistungskarte; COM(2016) 823 final

[Umdruck 18/7525](#)

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments zur Einführung einer Elektronischen Europäischen Dienstleistungskarte und entsprechender Verwaltungserleichterungen, COM(2016) 824 final

[Umdruck 18/7376](#)

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Gründung einer Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (Neufassung); COM(2016) 863 final

[Umdruck 18/7543](#)

Antrag der Abg. Regina Poersch (SPD)

[Umdruck 18/7542](#)

Herr von Knobelsdorff, Vertreter des Staatssekretärs im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, führt zu den Richtlinienvorschlägen in Bezug auf Dienstleistungsregelungen ([Umdrucke 18/7523](#) und [18/7524](#)) aus, ursprünglich habe es hier seitens seines Hauses nicht die Einschätzung eines Subsidiaritätsverstoßes gegeben. Diese Beurteilung habe

sich nun geändert und das Land habe einen entsprechenden Antrag beim Bundesrat unterstützt. Seiner Einschätzung nach werde die entsprechende Rechtssetzung vor dem Europäischen Gerichtshof landen. Der Entwurf enthalte einen Vorbehalt der EU-Kommission gegen nationale Regelungen. Bundestag und Bundesrat hätten eine Rüge beschlossen. Es sei jedoch zu bedenken, dass das erforderliche Quorum nicht erreicht werde, sodass die Subsidiaritätsrüge ins Leere laufen werde.

Abg. Voß meint, man solle das scharfe Schwert der Subsidiaritätsrüge nur zurückhaltend einsetzen. Die EU müsse seiner Auffassung nach auch die Möglichkeit haben, direkt auf nationale Regelungen durchzugreifen. - Herr von Knobelsdorff legt hierzu dar, eine Beeinflussung von Richtlinienentwürfen im Vorfeld sei erfahrungsgemäß schwierig. Schleswig-Holstein sei dazu im Gegensatz zu anderen Bundesländern nicht in der Lage.

Abg. Weber führt aus, zwar seien Subsidiaritätsrügen zurückhaltend einzusetzen, dies sei jedoch ein geeigneter Fall für eine Subsidiaritätsrüge gewesen.

In Bezug auf die Richtlinienvorschläge für eine Elektronische Europäische Dienstleistungskarte ([Umdrucke 18/7525](#) und [18/7376](#)) führt Herr von Knobelsdorff aus, hier habe es keine Subsidiaritätsrüge gegeben. Zwar habe Schleswig-Holstein hier Änderungsbedarf gesehen, es sei jedoch nicht zu einer entsprechenden Mehrheit für eine Subsidiaritätsrüge gekommen. Die Stellungnahmen, die das Ministerium hierzu erreicht hätten, seien in ihrer Richtung nicht eindeutig gewesen. Die Initiative ziele darauf ab, den europäischen Binnenmarkt zu verbessern. Die berechtigte Kritik solle im weiteren Verfahren angebracht werden.

Herr Schreiber, Referent im Referat Energiepolitik, Energierecht des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (MELUR), führt zum Verordnungsvorschlag zur Gründung einer Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden ([Umdruck 18/7543](#)) aus, der Bundesrat habe beschlossen, keine Subsidiaritätsrüge zu erheben. Das MELUR habe hingegen zu einer Rüge geraten. Zwar sei das Ziel des Richtlinienentwurfs grundlegend positiv, gehe jedoch in Bezug auf die der Kommission eingeräumten Entscheidungsbefugnisse zu weit.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Abg. Waldinger-Thiering berichtet, dass sie und Abg. Pauls am 3. und 4. April 2017 zum Nordischen Rat nach Stockholm fahren werden und gegebenenfalls in einer der ersten Sitzungen des Europaausschusses der 19. Wahlperiode hierzu berichten könnten.

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, schließt die Sitzung um 11:20 Uhr.

gez. Peter Lehnert  
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner  
Geschäfts- und Protokollführer